

Zur Entwicklung der Beziehungen zwischen dem Zentralrat der FDJ und der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD, Schlußfolgerungen für die weitere Zusammenarbeit

I.

Zur Bewahrung des Friedens und zur Abwendung eines nuklearen Infernos beschloß der XI. Parteitag der SED, den ergebnisorientierten Dialog zur Schaffung einer Koalition der Vernunft und des Realismus aktiv fortzusetzen. Er bekräftigte, alles zu tun, damit von deutschem Boden nie wieder Krieg, sondern immer nur Frieden ausgeht.

In seiner Rede vor den 1. Sekretären der KLen der SED am 12.02.88 schätzte E. H. ein: "Für außerordentlich bedeutungsvoll halten wir, daß Kommunisten und Sozialdemokraten in der Frage Krieg oder Frieden eine gemeinsame Sprache finden."

Die FDJ hat entsprechend den Beschlüssen des XII. Parlaments dazu die Beziehungen zu sozialdem. JVen der BRD, insb. zu den Jusos in der SPD, verstärkt. Starke Impulse gingen dabei von der gemeinsamen Initiative von SED und SPD zur Errichtung eines atomwaffenfreien Korridors in Mitteleuropa und der Schaffung einer chemiewaffenfreien Zone in Europa sowie vom Dokument "Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit" aus. Die Zusammenarbeit zw. der FDJ und den Jusos war auf die Hauptfrage unserer Zeit gerichtet, einen Beitrag zur Erhaltung des Friedens und zur Ablösung der Konfrontation durch Kooperation zu leisten. Es gelang, die Jusos zu - international sehr beachteten - Friedensinitiativen zu gewinnen. Die Jusos wurden Partner der FDJ im Friedenskampf.

Dies trug zur inhaltlichen Profilierung der Zusammenarbeit zwischen dem WBDJ und der Int. Union der Soz. Jugend (IUSY) sowie zur Bereicherung des Aktionsprogrammes der Gesamteuropäischen Struktur der Jugend- und Studentenzusammenarbeit bei.

Die FDJ wird auch künftig ihre von prinzipiellen Erwägungen getragene Zusammenarbeit mit den Jusos offensiv fortsetzen.

II.

Die offiziellen Beziehungen von FDJ und Jusos wurden durch die Unterzeichnung eines Gemeinsamen Kommuniqués am 23. März 1980 aufgenommen. Das geschah vor dem politischen Hintergrund des Kampfes zur Verhinderung der Stationierung amerik. Mittelstreckenraketen und drückte den Willen beider Verbände dazu aus. FDJ und Jusos traten dafür ein, der Entspannungspolitik gegenüber der Konfrontationspolitik wieder zum Durchbruch zu verhelfen. Sie gingen davon aus, einen Beitrag zur Normalisierung der Beziehungen zw. der DDR und der BRD entsprechend dem GLV zu leisten.

Zu den Hauptergebnissen seither zählen:

- das engagierte Auftreten der Jusos gegen den NATO-Raketenbeschluß (zeitweise gegen die Beschlüßlage in der SPD),
- der aktive Beitrag der Jusos zur Durchführung der XII. Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1985 in Moskau,

- die klaren Positionen im Kampf um den Frieden und zur Normalisierung der Beziehungen zw. der DDR und der BRD im Gemeinsamen Kommuniqué FDJ und Jusos vom 17.10.1986,
- die Bildung einer Gemeinsamen Arbeitsgruppe zur Unterstützung der Vorschläge von SED und SPD zur Errichtung eines atomwaffenfreien Korridors in Mitteleuropa und einer chemiewaffenfreien Zone in Europa,
- die konstruktive Teilnahme am Internationalen Friedensseminar der Jugend im März 1987,
- die gegenseitige Teilnahme am Olof-Palme-Friedensmarsch 1987,
- die beiden Seminare auf der Grundlage der Tätigkeit der Gemeinsamen Arbeitsgruppe zu Problemen der nuklearen, chemischen und konventionellen Abrüstung in Hannover und Magdeburg im Rahmen der Gesamteuropäischen Struktur der Jugend- und Studentenzusammenarbeit und
- die Anfang 1988 geäußerte Zustimmung der Jusos zu den im Brief E. H. an den Bundeskanzler der BRD, Kohl, enthaltenen Friedensvorschlägen.

Seit 1985 fanden 4 Treffen von Eberhard Aurich mit dem damaligen Bundesvorsitzenden Ulf Skirke und seit Oktober 1986 5 Treffen mit dem jetzigen Bundesvorsitzenden Michael Guggemos statt. Die jeweils veröffentlichten Pressemitteilungen belegen den Erfolg im Dialog um aktuelle Fragen von Frieden, Abrüstung und Entspannung.

Zu den Hauptergebnissen zählt auch die veränderte Beschlußlage der Jusos hinsichtlich der weiteren Normalisierung der Beziehungen zur DDR. Seit 1985 erkennen sie die Forderungen der DDR zur weiteren Normalisierung der Beziehungen zur DDR voll an. Sie befürworten die Aufnahme offizieller Beziehungen zw. Bundestag und Volkskammer und begrüßen die Ergebnisse des offiziellen Staatsbesuches E. H. von September 1987 in der BRD.

Die Mehrheit des SPD-Parteivorstandes unterstützt die int. Politik der Jusos, insb. die Entwicklung ihrer Beziehungen zur FDJ. Dabei konsultieren sich die Jusos vor allem mit Egon Bahr. Die Gespräche Hans-Jochen Vogels, Oskar Lafontaines, Peter Glotz und Hans-Jürgen Kloses mit E. Aurich 1987, die Kontakte zw. der SPD-Fraktion des Bundestages und der FDJ-Fraktion der VK, Gespräche Bahrs und Lafontaines mit verschiedenen Delegationen der FDJ und Jugendtourist-Gruppen der DDR bestärkten die Jusos in ihrem realistischen Herangehen gegenüber der FDJ.

Michael Guggemos bezeichnete die Beziehungen zur FDJ als "einen der wenigen Positiva, die unser Verband 1987 verbuchen konnte". Davon ausgehend haben die Jusos kein Int., den erreichten Stand der Beziehungen aus taktischen Erwägungen zu belasten.

III.

Für die Entwicklung ihrer Beziehungen zur FDJ gehen die Jusos im wesentlichen von der sozialdem. Konzeption der Sicherheitspartnerschaft aus. Sowohl in den Beschlüssen der Jusos als auch im Bewußtsein ihrer Mitglieder hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß Sicherheit heute nicht mehr gegeneinander, sondern nur noch miteinander gewährleistet werden kann. Darin wissen sie sich seit dem Nürnberger Parteitag auch in Übereinstimmung mit der Mehrheit der SPD.

Das umfassende Friedensprogramm der soz. Staatengemeinschaft, dessen obj. Übereinstimmung mit den Lebensinteressen der Völker und das flexible Reagieren auf Veränderungen der KVe einerseits und die nach polit. und milit. Hegemonie strebende Haltung der aggressiven Kräfte der NATO andererseits haben bei den Jusos mehr und mehr dazu geführt, die früher vertretene Auffassung von der gleichen VA der Großmächte für Wettrüsten und Konfrontation aufzugeben.

Wichtige Elemente des friedenspolitischen Konzepts der Jusos heute sind

- die Forderung nach völliger Denuklearisierung Westeuropas und ihre Unterstützung für alle regionalen Schritte zur Schaffung atomwaffenfreier Zonen,
- ihre Absage an alle Versuche einer konventionellen Auf- oder "Nach"-rüstung, verbunden mit der Forderung nach Senkung der Ausgaben des Rüstungshaushaltes der BRD,
- ihre Mitarbeit an der Weiterentw. des Konzepts der Sicherheitspartnerschaft und der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit, dem die Erkenntnis zugrunde liegt, daß Friedenssicherung in erster Linie eine politisch zu lösende Aufgabe ist. Dabei setzen sie sich für eine öffentliche Diskussion der Militärdoktrinen des WV und der NATO ein,
- die Anerkennung der im Ergebnis des II. WK in Europa entstandenen Staaten und Grenzen, einschl. der Anerkennung der uneingeschränkten Staatlichkeit der DDR.

Bei der Durchführung dieser Politik erkennen die Jusos, daß eine realistische, friedensfördernde Zusammenarbeit mit soz. Ländern, ihren Parteien und JOen massenwirksame Politik ist, die der SPD mehr Wählerstimmen bringt. Sie unterstützen deshalb im Irseer Programmentwurf solche Aussagen, wie: "Gemeinsame Sicherheit bewirkt Entspannung und bedarf der Entspannungspolitik. Entspannung ist der Prozeß zum Frieden."

In ihrem Verhältnis zur DDR orientiert sich die seit 1986 mehrheitlich herrschende Gruppierung im BV der Jusos, eine Verbindung aus der sog. "Stamokap-Fraktion" (Scholz, Kremer, Burmester, stellv. BVe) und den Vertretern der Südbezirke, "Antirevisionisten" (Guggemos, Vors., Groth, Geschäftsführer), am Parteivorsitzenden Hans-Jochen Vogel, an Egon Bahr und Oskar Lafontaine. Diese Orientierung ist auf friedenspolitischen Konsens und realpolitische Beziehungen zw. DDR und BRD gerichtet. Die strategische Konzeption der Sicherheitspartnerschaft dominiert dabei gegenüber direkten Einmischungsversuchen in die inneren Angelegenheiten der DDR, schließt jedoch nicht aus, wie ihre Haltung im Januar 1988 zeigte.

Im Brief Michael Guggemos vom 28.01.1988 an den 1. Sekretär des ZR der FDJ forderte er die FDJ im Zusammenhang mit den Verhaftungen antisoz. Kräfte in der DDR auf, "bei den zuständigen Stellen für die Freilassung" einzutreten. Auffällig ist, daß der Brief und der Termin seiner Übersendung (er trat erst am 05.02.1988 ein) offenbar im Zusammenhang mit der Entscheidung des SPD-PV vom 08.02.1988 steht, eine Erklärung zu den Vorgängen in der DDR abzugeben. Der Brief wurde durch die Jusos bisher nicht veröffentlicht, statt dessen wurde eine Erklärung des Bundesausschusses der Jusos (gewähltes Organ, arbeitet zw. den Bundeskongressen)

ebenfalls am 08.02.1988 veröffentlicht, die dem Inhalt des Briefes weitgehend entspricht. Im Brief von Guggemos wird der Versuch unternommen, die FDJ im Gegensatz zu ihrem soz. Staat zu bringen. Beide Dokumente drücken mit Verweis auf das SED/SPD-Dokument "Der Streit der Ideologien ..." das sozialdem. Grundverständnis von gesellschaftlichem Pluralismus und individueller Freiheit aus. Diese Angriffe gegen die DDR wurden durch die FDJ strikt zurückgewiesen.

Das Bsp. macht deutlich, daß die Zus.arbeit mit jungen Sozialdemokraten stets Teil der id. Kl.auseinandersetzung ist. Während bei der Aufnahme der Beziehungen zunächst Trennendes beiseite gestellt wurde, brachten die intensive Diskussion von Kommunisten und Sozialdemokraten zu Grundfragen des Überlebens der Menschheit die Bereitschaft beider Seiten hervor, den obj. vorhandenen Wettbewerb der Ges.systeme auch als id. Streit auszutragen. Das von der Akademie für Ges.wissenschaften beim ZK der SED und von der Grundwertekomm. der SPD gemeinsam verabschiedete Dokument "Der Streit ..." kann auch für die JVe als Richtungswäisend gelten.

Es kommt dehalb in der künftigen Zus.arbeit darauf an, in der Friedensfrage weitere Fortschritte zu erreichen und unser erfolgreiches Ges.konzept, unter besonderer Berücksichtigung der Jugendpolitik, offensiv zu propagieren. In den Mittelpunkt stellen wir die Meisterung der wtr in Verbindung mit sozialem Fortschritt, die Verwirklichung der Einheit von W+Sp zum Wohle des Menschen, die breite Beteiligung des Volkes an der soz. Dem. und die Verwirklichung der Grundrechte der jungen Generation. Führende Juso-Funktionäre werden stärker als bisher persönlich mit den praktischen Erfolgen unserer Politik konfrontiert (z. B. Betriebsbesuche, Diskussionen mit jungen Arbeitern und Wissenschaftlern) und nach ihrem Standpunkt zur Beseitigung sozialer Miseren in der BRD befragt.

Selbstverständlich werden die Jusos ihrerseits weiter die Auseinandersetzung um die soz. Ges. in der DDR führen. Das entspricht ihrer Überzeugung von der Allg.gültigkeit ihrer "Grundwerte" ihrem Demokratieverständnis, vorhandenen Hoffnungen auf einen "Wandel durch Annäherung" und betrifft u.a. folgende Themen:

- Mit dem Verwäis der "Vorreiterrolle" der Jusos gegenüber der SPD und der "Aufgabe von JVen, Tabus zu brechen" wird versucht, den "Spielraum der FDJ gegenüber der SED auszuloten", Unterschiede zu erkennen und nach Möglichkeit auszunutzen. Davon zeugen Versuche, die FDJ Anfang der 80er Jahre zum Protest gegen die Stationierung sowj. Raketen als Gegenmaßnahmen zur NATO-Aufrüstung zu bewegen, ihre Kritik an staatlichen Maßnahmen zur Regelung des Transits von Asylsuchenden und die jetzige Aufforderung, die FDJ solle sich für die Freilassung der Verhafteten einsetzen.
- Seit Beginn der Zus.arbeit wird eine "Regionalisierung" gefordert. Juso-Untergliederungen werden mal wähllos, mal gezielt als Partner für Bezirks- und KLen der FDJ angeboten. Manmüsse die "Basis" einbeziehen, von "Funktionärstourismus" abkommen, persönliche und private Begegnungen fördern.

- Attakiert wird immer wieder die m.-l. Auffassung von der Notwendigkeit der Verteidigung der soz. Errungenschaften. Zunehmend wird die Diskussion um Abrüstungsfragen verknüpft mit der Forderung nach dem "Abbau von Feindbildern" und nach dem Recht auf Kriegsdienstverweigerung.
So sprach Guggemos während des int. Friedensseminars der Jugend ein Seminar mit der FDJ dazu vor und verknüpfte dies mit dem Hinweis, daß die Beziehungen zur FDJ mittlerweile so gut seien, daß man auch "kontrovers" diskutieren könne und daß alle männlichen Mitglieder des Juso-Vorstandes den Wehrdienst in der Bundeswehr verweigert hätten.
- Unterstellt werden Regierung und Bevölkerung der DDR "mangelndes Umweltbewußtsein". Punkte der Auseinandersetzung sind die friedliche Nutzung der Kernenergie, Verunreinigung der Luft, des Bodens und der Gewässer durch ungenügende Schutzmaßnahmen und die "fehlende Freiheit" gegen Umweltschäden zu protestieren.
- Die Jusos unternehmen entsprechend der Struktur der SPD und ihrer Verbandsstruktur in der WB-Frage den Versuch, die Zugehörigkeit von Berlin (West) zur BRD zu fordern, Akzeptiert ist von der FDJ wie von den Bruderverbänden soz. Länder die Teilnahme von Westberliner Jusos in Delegationen des Bundesvorstandes.
Im Jugendtourismus hat das Reisebüro der FDJ "Jt" einen gesonderten Vertrag mit dem Westberliner Juso-Verband.
- Im Zusammenhang mit der Ausstellung der Jusos "Frauenbilder", die vom 07.01. bis 05.02.1988 in der DDR gezeigt wurde, haben einige Kräfte der Jusos den Versuch unternommen, Kontakte zu antisoz. Kräften in der DDR aufzunehmen und einen "dreiseitigen" Dialog zu provozieren. Weiterhin zu beachten sind auch Kontakte zw. Repräsentanten der SPD und der Kirchen in der DDR.

Die Situation der Jusos als einer Arbeitsgemeinschaft innerhalb der Partei wird immer auch von der Gesamtsituation der SPD beeinflusst.

Die Jusos hatten als Teil der "Parteiopposition" eine ablehnende Haltung zu dem Kurs der SPD, der zum Verlust der Regierungsverantwortung führte. Seit dem Essener Parteitag 1984 und insbesondere seit dem Nürnberger Parteitag 1986 entspricht die friedenspolitische Konzeption der SPD vielen Forderungen der Jusos. Dies und der Wechsel der SPD in die Oppositionsrolle führte wieder zu einem engeren Verhältnis von Jusos zur SPD.

Die Zahl junger SPD-Mitglieder und damit der Jusos ist seit mehreren Jahren rückläufig.

1972 zählte die AG der Jusos 300 000 Mitglieder, 1980 ca. 240 000 Mitglieder und 1987 nach eigenen Angaben 187 000 Mitglieder. Davon sind ca. 10 % in 1 800 Gruppen, dar. 85 HS-Gruppen und 150 Schülergruppen, aktiv. Bei den unter 25jährigen beträgt der Anteil in der SPD nur 3,4 % (Angaben des Nürnberger Parteitages, 1986). So gibt es heute bei den Jusos eine Lücke, insb. in den Reihen der 22 bis 30jährigen, die auch zum großen Teil der Partei der Grünen ihre Stimme geben. Etwa 70 % der neu aufgenommenen Mitglieder verlassen bereits nach 1 Jahr wieder die Partei. In ihrer Bundestagsfraktion hat die SPD keinen Abgeordneten unter 35 Jahren mehr.

Aufgrund dieser Situation sah sich der PV der SPD gezwungen, sich stärker mit Jugendpolitik zu befassen und Maßnahmen zur Stärkung der Jusos zu entwickeln. Es geht um die Sicherung des Nachwuchses und der Gesamtstärke der Partei.

So unterstützt der SPD-PV den mit dem Bagener Bundeskongreß der Jusos (Juni 1986) eingeschlagenen Weg der "Erneuerung der Jusos zu einem soz. JV" mit dem Ziel, einen Mitgliederzuwachs zu erreichen und die Jugendlichen für reformpolitische Zielstellungen zu aktivieren. Diesem Ziel entspricht die Neubildung der jugendpolitischen Kommission beim PV der SPD unter Leitung von Peter Glotz, der auch die Vorsitzenden sozialdem. JVe angehören und der die jugendpolitischen Zielstellungen und Aktivitäten koordinieren soll. Glotz räumt ein, daß für die Jugend eine Identifikationsfigur fehlt und Zweifel an der SPD-Politik verbreitet sind.

Er will jugendpolitische Leitsätze formulieren, die Kinderarbeit wiederbeleben, neue Aktionsformen fördern und spricht sogar von Jugendbeauftragten in den SPD-Unterbezirken. Auf dem Bundeskongreß der Jusos 1987 in Castrop-Rauxel hob der Vorsitzende der SPD, Hans-Jochen Vogel, den Beitrag der Jusos am politischen Wandel der Sozialdemokratie hervor. Die SPD habe der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten "im Rahmen der Grundsatzbeschlüsse der Partei" ein hohes Maß an Freiraum und Selbstverantwortung eingeräumt. Auch die Bundesgeschäftsführerin, Anke Fuchs, unterstützte in mehreren Stellungnahmen das Vorgehen der Jusos. Auf dem Kongreß einigten sich die Jusos trotz erheblicher Kritik und Bedenken am Irseer Programmwurf der SPD, im Kern die vorgegebene Linie mitzuteilen.

Die Jusos haben sich das Ziel gestellt, sich stärker als bisher den Themen der Jugend zuzuwenden: Frieden, Bildung, Ausbildung, Lebensperspektiven, Gleichberechtigung der Frauen, HS-Politik, Umwelt. Dazu haben sie ein "Zukunfts- und Aktionsprogramm" erarbeitet und breit publiziert.

Innerhalb der Jusos sind die Diskussionen zur Entwicklung einer Verbandsstrategie für die 90er Jahre noch lange nicht abgeschlossen, was sich an den Auseinandersetzungen im BV zw. Kräften um Guggemos, Scholz, Kremer einerseits sowie Ristau, Gorholdt und Kollatz vom Reformflügel andererseits zeigt.

Sie sind z. Z. im Vorfeld des Bundeskongresses, der im Juni 1988 in Karlsruhe mit Neuwahlen stattfinden soll, heftig im Gange. Nachdem Michael Guggemos 1986 mit dem Ziel seine Fraktion antrat, die "Flügelkämpfe" zu überwinden, sich in der Folge aber klar auf die Seite der "Stamokap-Fraktion" stellte, häuften sich die Versuche der Vertreter des reformistischen Flügels, eine Veränderung des KV herbeizuführen und ihren Positionen mehr Gehör zu verschaffen. In offener Fehleinschätzung der Situation versuchte Guggemos im Januar 1988, den planmäßigen Wechsel des Bundessekretärs der Juso-HS-Gruppen für sich zu nutzen und präsentierte entgegen der bisherigen Praxis eine eigene Kandidatin (Stamokap-Fraktion) zur Wahl gegen die bereits von einer Bundesversammlung der Juso-HS-Gruppen gewählte Vertreterin der "Reformisten". Das führte dazu, daß die reformistischen Vertreter im BV ihre Arbeit aus Protest niederlegten und eine Reihe ehem. Juso-Vorsitzender, der. Heidemarie Wieczorek-Zeul, Karsten D. Voigt, Gerhard Schröder und Rudolf Hartung, einen offenen Brief an den Vorstand sandten. Damit bestünde die Möglichkeit, daß Guggemos seine polit. Ziele nicht durchsetzen kann. Welche Richtung sich durchsetzt, wird letztlich erst der BK der Jusos im Juni zeigen, zu dem M. Guggemos erneut kandidieren will.

Die Jusos entscheiden über die Zusammenarbeit mit m.-l. Kräften stets in Abhängigkeit ihrer Gesamtinteressen und ihres Einflusses in der jeweiligen Bewegung. Auch wirkt der nach wie vor gültige "Unvereinbarkeitsbeschuß" der SPD von 1971. Der Umgang mit Kommunisten ist deshalb widersprüchlich.

So haben die Jusos im Umgang mit m.-l. JVen der BRD nur Bündnisse, vor allem auf Stadt- und Kreisebene, zur Durchsetzung globaler friedens- und jugendpolitischer Forderungen akzeptiert, wo mehrere unterschiedliche Organisationen vertreten waren und ein sozialdem. Übergewicht bestand bzw., wo sie den Einfluß der SDAJ und des MSB Spartakus zurückdrängen wollten. Es gibt keine Bereitschaft, zweiseitige Bündnisse zu akzeptieren. Hauptpartner der Jusos bleiben die DGB-Jugend und die sozialdem. orientierten Verbände.

Auf zentraler Ebene arbeiten SDAJ und Jusos im Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung zusammen. Gemeinsam haben sie die Rolle der Bundesschülervertretung angehoben und Proteste gegen die Bildungspolitik der Regierung organisiert. Die Juso-HS-Gruppen sind im Interesse ihres Einflusses in der Studentenbewegung in die Leitung der VDS 1987 zurückgekehrt und sprechen sich für eine Zusammenarbeit aller Kräfte in den VDS auf dem 10. BK des MSB Spartakus aus.

Guggemos traf sich, wenn auch inoffiziell, mit der SDAJ-Vorsitzenden, Birgit Radow, gab der DKP-Tageszeitung "Unsere Zeit", den "Marxistischen Blättern" und den "Jugendpolit. Blättern" Interviews.

Bezeichnend für die nach wie vor vorhandene deutliche Abgrenzung zu Kommunisten im eigenen Land ist der Beschluß des Bundesausschusses der Jusos vom 08.02.1988, der die DKP als "unfähig zur Kultur des politischen Streits" abtut und eine Aufforderung an alle Gliederungen der Jusos richtet, alle Diskussionsangebote der DKP über das SED/SPD-Papier abzulehnen.

V.

In der int. Tätigkeit haben die Jusos in der SPD in den vergangenen Jahren ihre Aktivitäten verstärkt. Dabei sind sie zur Zusammenarbeit mit dem WBDJ und JVen soz. Staaten bereit. Olaf Scholz, stellv. BVer der Jusos, ist zugleich Vizepräsident der IUSY. Sie erweisen sich als gesprächsbereite und berechenbare Dialogpartner. Die Jusos trugen mit zur Wiederbelebung der Gesamteuropäischen Struktur der Jugend- und Studentenzusammenarbeit bei. Im Februar 1987 erarbeitete die Gemeinsame Arbeitsgruppe von FDJ und Jusos auf der Grundlage der Übereinkünfte von SED und SPD zur Errichtung eines atomwaffenfreien Korridors in Mitteleuropa und einer chemiewaffenfreien Zone in Europa eine Friedensinitiative. Auf dem 4. Konsultativtreffen der Gesamteuropäischen Struktur der Jugend- und Studentenzusammenarbeit im Februar 1987 in Prag brachten sie über ihre Weltorganisationen - WBDJ und IUSY - den Vorschlag ein, dazu Veranstaltungen durchzuführen, Vertreter der Jusos unternahmen in der Diskussion mit konservativen JVen vielfältige Anstrengungen, um diese Initiative in das Aktionsprogramm 1987 aufzunehmen. Die im Nov. 1987 in Hannover, BRD, und Magdeburg, DDR, durchgeführten Seminare zu "konkreten Vorschlägen nuklearer, chemischer und konventioneller Abrüstung in Europa" trugen so entscheidend zum Dialog unterschiedl. polit. JVe im Kampf für Frieden und Abrüstung bei.

Junge Sozialdemokraten verteidigten gegenüber konservativen Kräften den bisher erreichten Stand der Übereinstimmung in Friedens- und Abrüstungsfragen mit JVen der SSG. Die Jusos streben, wie die IUSY, nach weiterer Mitarbeit und mehr Einfluß in der Weltfestspielbewegung. Im Ergebnis der Durchführung der XII. Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1985 in Moskau erarbeiteten sie sich Rahmenbedingungen für die Durchführung künftiger Weltfestspiele, die einem breiten Spektrum politischer JVe die Teilnahme ermöglichen sollte. Darüber unzufrieden, daß auf der I. Internationalen Tagung des Vorb.komitees der XIII. Weltfestspiele entgegen ihrem Willen für 1989 die Hauptstadt der KDVR, Phjongjang, als Gastgeber beschlossen wurde, erklärte die IUSX, einen Beobachterstatus einzunehmen. In diesem Rahmen handeln auch die Jusos und unternehmen keine direkten Schritte zur Vorbereitung. Große Erwartungen im Hinblick auf die Durchsetzung ihrer generellen Bedingungen knüpfen sie an die Durchführung der III. IVK-Tagung im Herbst 1988 in Berlin.

In Gesprächen wird auch deutlich, daß sich die Jusos ihrer hohen VA über die Entscheidung einer Teilnahme hinsichtlich anderer sozialdem. JVe bewußt sind.

Sie begrüßen, daß in der BRD niemand auf die Bildung eines Nationalen Vorbereitungskomitees dränge, was frühzeitig zu einer Entscheidung über die Nichtteilnahme führen würde. Andererseits nutzen die Jusos ihre Rolle und die Funktion des Vizepräsidenten der IUSY aus, um den politischen Druck auf kleinere sozialdem. Verbände Europas, einschl. der BRD, zu erhöhen, ihre Entscheidung zur Teilnahme an den XIII. Weltfestspielen von der Entscheidung der Jusos abhängig zu machen. Gegenwärtig sondieren die IUSY-Verbände ihre Möglichkeiten, für die XIV. Weltfestspiele einen Austragungsort zu präsentieren.

Schlußfolgerungen für die weitere Zusammenarbeit:

Die Zusammenarbeit der FDJ mit der AG der Jusos in der SPD wird langfristig auf folgende Schwerpunkte gerichtet:

1. Ausgehend von der HA unserer Zeit, der Sicherung des Friedens, der Verhinderung eines nuklearen Infernos, der Ablösung der Konfrontation durch Zus.arbeit ist die weitgehende Übereinstimmung in den Auffassungen zur Fp zu nutzen, sie weiter für die Zus.arbeit zur Durchsetzung des Friedensprogramms des Soz. zu gewinnen.

Das Ziel aller Maßnahmen ist, friedenspolitische Positionen auf Dauer festzulegen. Es ist so auf die Jusos einzuwirken, daß sie die von ihnen mitgetragenen Friedensvorschläge der SU, der DDR und der anderen soz. Staaten in ihrem Bündnisbereich in der BRD und in der Internat. Union der Soz. Jugend verankern und stabil vertreten.

Sie sind anzuregen, daß entsprechend ihrer Zustimmung zum Brief E. H. an den Bundeskanzler der BRD zu Rüstungsbegrenzung und Abrüstung und in Anlehnung an die Initiative von SED und SPD zur Errichtung eines atomwaffenfreien Korridors in Mitteleuropa und einer chemiewaffenfreien Zone in Europa neue Impulse in der Friedensbewegung der BRD ausgelöst werden. Darauf sind alle Gespräche mit Funktionären der Jusos, die Fortsetzung der Tätigkeit der gemeinsamen Arbeitsgruppe, Seminare u.ä. zu richten, Der ZR der FDJ bemüht sich um Kontakte mit allen Strömungen der Jusos.

2. Die Ausgestaltung der Beziehungen zu den Jusos ist darauf zu richten, daß sie sich stärker öffentlich für die Erfüllung der Grundforderungen der DDR zur weiteren Normalisierung der Beziehungen zw. der DDR und der BRD einsetzen. Gleichzeitig sind Unterhöhungen des Vierseitigen Abkommens über Berlin (West), besonders in seiner Kernbestimmung, strikt zurückzuweisen.
3. Der ZR der FDJ richtet seine Aufmerksamkeit auf die emotionale Vermittlung eines lebendigen, anschaulichen Bildes der e.s.G. in der DDR. Es sind mit den Jusos solche Delegationsaufenthalte zu vereinbaren, wo sie sich mit der Meisterung der wTR in Verbindung mit sozialem Fortschritt, der Verwirklichung der Einheit von W+Sp zum Wohl des Menschen, der Ausgestaltung der soz. Dem. und der Verwirklichung der Grundrechte der Jugend vertraut machen und zum Systemvergleich angeregt werden.
4. Jegliche Versuche der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR, der Koexistenz auf id. Gebiet oder Konvergenzvorstellungen sind entschieden zurückzuweisen.
5. Auf der Grundlage des Dokuments von SED und SPD "Der Streit der Ideologien ..." sind offensiver die Werte und Vorzüge des Soz. zu propagieren. Inhaltliche Grundaussagen des Gesamtdokuments sind mehr in den Mittelpunkt zu rücken. Einseitige Auslegungen zur Einmischung sind nicht zuzulassen.
6. In der int. Tätigkeit von FDJ und Jusos wird darauf Einfluß genommen, daß es zu weiteren praktischen Schritten der int. Zus.arbeit von jungen Sozialdemokraten und Kommunisten in der Weltjugendbewegung kommt. Die FDJ setzt sich für die weitere Profilierung der Kontakte zw. WBDJ und IUSY ein und fördert die gegenseitige Abstimmung über die aktive Mitarbeit in der Gesamteuropäischen Struktur der Jugend- und Studentenzusammenarbeit.
Die Bemühungen sind fortzusetzen, die Jusos an die weitere Vorbereitung der XIII. Weltfestspiele der Jugend- und Studenten 1989 in Phjongjang zu binden. Unter Anerkennung des von ihnen selbstgewählten "aktiven Beobachterstatus" werden sie bestärkt, an allen Veranstaltungen (besonders IVK-Tagungen) und Diskussionsrunden teilzunehmen. Es bleibt unser Ziel, IUSX und CENYC für eine Teilnahme an den XIII. Weltfestspielen zu gewinnen und nach Möglichkeit die Bildung einer einheitlichen, nationalen Delegation der BRD mit angemessener Beteiligung unserer Bruderorganisationen zu fördern.
7. Bei der Schaffung der Aktionseinheit der Friedens- und Arbeiterjugendbewegung sind die Bruderorganisationen der FDJ zu unterstützen.
8. In der praktischen Zusammenarbeit mit den Jusos sind folgende Formen weiterzuführen:
 - Leitungsgespräche auf Spitzenebene
 - Gespräche mit Funktionären der Jusos
 - aktive Teilnahme am Internationalen Jugendlager der FDJ
 - Fortsetzung der Tätigkeit der gemeinsamen Arbeitsgruppe

- gemeinsame Seminare
 - Verwirklichung des vereinbarten touristischen Jugendaustausches
9. Der ZR der FDJ bereitet die mit dem BV der Jusos vereinbarten vier bilateralen Seminare in hoher Qualität vor
- zum Dokument zwischen SED und SPD "Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit" im Main der DDR
 - zur Rolle der Frau in der soz. Ges. im Juni in der DDR
 - zu den Grundrechten der jungen Generation im September in der BRD und
 - zum Kampf der BRD-Studentenbewegung und zur studentischen Interessenvertretung im Dezember in der BRD.
10. Das Reisebüro der FDJ "Jt" realisiert nach Vereinbarung mit acht Landes- bzw. Bezirksverbänden der Jusos die Entsendung von 5 Reisegruppen in die BRD, den Empfang von 6 Reisegruppen in der DDR und den Austausch von je einer RG mit den Jusos von Berlin (West). Die Bezirksleitungen der FDJ, die für die Aufnahme von Juso-Gruppen bzw. die Entsendung von FDJ-RGen zu den Jusos die VA tragen, sichern einen hohen Anteil an politischen Programmleistungen und eine gute Vorbereitung der beteiligten FDJler.
- Der ZR der FDJ lehnt weiterhin direkte regionale Kontakte zw. Leitungen der FDJ und den Jusos ab.
11. Die Kontakte der FDJ-Fraktion der VK zur Arbeitsgruppe Jugendpolitik der SPD-Fraktion im BRD-Bundestag werden fortgesetzt. Die FDJ behält sich die Entscheidung vor, bei entsprechender Bitte der SPD-Fraktion, das vorgesehene Seminar zum vereinbarten Thema zu einem späteren Zeitpunkt durchzuführen.
- Alle Maßnahmen werden in Abhängigkeit von dem Verhalten der Jusos gegenüber der DDR durchgeführt.